

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 168

Donnerstag den 21. Juli 1932

90. Jahrgang

Militärischer Ausnahmezustand über Berlin und Brandenburg

Alle Preußenminister ihrer Ämter enthoben. Der Staatsgerichtshof angeufen.

Berlin, 20. Juli. (Eig. Meld.) Durch Verordnung des Reichspräsidenten ist der Reichsanwalt von Bayern zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt worden. Er hat den Ministerpräsidenten Brauns und den Innenminister Eberling ihres Amtes enthoben und wird die Dienstgeschäfte bei preussischen Ministerpräsidenten übernehmen. Oberbürgermeister Bracht-Effen ist zum kommissarischen preussischen Innenminister und Leiter der Staatskanzlei ernannt worden. Über Berlin und Brandenburg wurde der Ausnahmezustand verhängt. Die vollziehende Gewalt steht auf den Beschlüssen des Reichspräsidenten. Die preussische Regierung hat gegen die Verordnung beim Staatsgerichtshof Klage erhoben. Ein Eingriff in die Befugnisse der anderen Länder ist nach amtlicher Versicherung nicht beabsichtigt. (Wiederholt in einem Teil unserer bezüglichen Ausgabe.)

Die Notverordnungen

Reichskommissar für Preußen

Die vom 20. Juli datierte Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen:

§ 1

Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichsanwalt zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preussischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Geschäfte des preussischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reiches mit der Führung der preussischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichsanwalt stehen alle Befugnisse des preussischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der preussischen Staatsminister zu. Der Reichsanwalt und die von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preussischen Staatsministeriums aus.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Kreud. und Berlin, 20. Juli 1932.
gez. von Hindenburg
gez. von Papen.

Militärischer Ausnahmezustand

Amtlich wird mitgeteilt: Auf Grund des Artikels 48, Abs. 2 der Reichsverfassung, verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg folgendes:

§ 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechtelnetze, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme, sowie Beschränkungen des Eigentums auf außerordentlichem Wege bis zu 15.000 Reichsmark befristet zulässig.

§ 2

Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann.

Zur Durchführung der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen wird dem Inhaber der vollziehenden Gewalt die gesamte Schutzpolizei des bezeichneten Gebietes unmittelbar unterstellt.

§ 3

Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15.000 Reichsmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursachen mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensentziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Abs.

2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 4

Die in dem § 81 (Hochverrat), § 92 (Brandstiftung), § 111 (Explosion), § 112 (Ueberschwemmungen), § 115 Abs. 2 (Beschädigungen von Eisenbahnanlagen) des Str.G.B. mit lebenslangem Zuchthaus bedrohten Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind. Unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 92 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden, ebenso in den Fällen des § 125 Abs. 2 (Räufel- und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) und § 115 Abs. 2 (Räufel- und Gewalttätigkeiten bei Aufruhr). Wenn der Täter den Widerstand, die Gewalt oder Drohung mit Waffen oder in bewaffneter und gewalttätiger Zusammenkunft mit Bewaffneten begangen hat.

§ 5

Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister der Justiz außerordentliche Gerichte zu bilden.

Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außer den in § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1931 aufgeführten Verbrechen auch die Verbrechen und Verbrechen nach § 3 der vorliegenden Verordnung.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Kreud. und Berlin, 20. Juli 1932.

Die Verordnung ist unterzeichnet vom Reichspräsidenten, Reichsanwalt, Reichsinnenminister und Reichswehrminister.

Die amtliche Begründung

Zur Begründung der Notverordnung über Preußen wird amtlich folgendes mitgeteilt:

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 ist der Reichsanwalt zum Kommissar für Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft hat er auf Grund der ihm erteilten Vollmachten den Ministerpräsidenten Brauns und den Minister des Innern Eberling ihrer Ämter enthoben. Die Befugnisse und Aufgaben des preussischen Ministerpräsidenten sind auf den Reichsanwalt als Reichskommissar übergegangen. Die Selbstständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angetastet. Die Reichsregierung erwartet vielmehr, daß alsbald eine Beendigung des auf Grund der Notverordnung geschaffenen Zustandes eintritt wird.

Die blutigen, von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen haben die Reichsregierung vor die schwere Aufgabe gestellt, von sich aus für Ruhe und Sicherheit im größten Teile Deutschlands zu sorgen. In den übrigen deutschen Ländern, in denen die Polizeibehörden straff geleitet werden, besteht keine Befürchtung, daß kommunistische Unruhen Erfolg erzielen. Die Reichsregierung beharrt lebhaft, daß diese Voraussetzungen für Preußen nicht in dem notwendigen Umfang zutreffen, obgleich die örtlichen Polizeibehörden durch Einfluß von Berlin und Leben der Beamten sich bemühen haben, der offenbar von langer Hand vorbereiteten Unruhen Herr zu werden.

In Preußen hat die Reichsregierung die Beobachtung machen müssen, daß Blamhaftigkeit und Zielbewußtheit der Führung gegen die kommunistische Bewegung fehlen. Es ist kein Zweifel, daß gerade in Preußen die kommunistische Kampforganisation am stärksten und erfolgreichsten aufgetreten ist und an den verschiedensten Orten ernste und blutige Unruhen hervorgerufen hat. Es besteht der begründete Verdacht, daß hohe preussische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist. Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten, sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verhärtet ist dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die ungezügelt scharfen Angriffe des preussischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamter gegen die Reichsregierung. Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unmöglich gemacht worden. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reichs und Preußens in der Hand des Reichsanwalters als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg der solchen Verteidigung des größten deutschen Landes.

Die Minister ihrer Ämter enthoben

Das Reichskabinett trat um 18 Uhr zu der vorgesehenen Sitzung zusammen. Auf Grund der Tatsache, daß die preussischen Minister insgesamt eine Weiterarbeit unter Papen verweigert haben, hat Herr v. Papen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen sämtliche preussische Minister ihrer Ämter enthoben.

Die kommissarische Verwaltung des preussischen Landwirtschaftsministeriums wird der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Ruffel, übernehmen. Das Handelsministerium der Reichskommissar Ernst und das Finanzministerium Staatssekretär Schleusener. Wegen Uebernahme der übrigen preussischen Ministerien wird Donnerstag zunächst mit den betreffenden Staatssekretären verhandelt werden. Der Staatssekretär im preussischen Innenministerium, Abegg, ist nach seines Postens enthoben worden.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Textzeile oder deren Raum 25 Rpf., Reklamazeile 30 Rpf. Kolonnenanzeigen 100 Rpf., Zuschlag. Offerte und Auftragserteilung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Uebereinstimmens einräumt wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Verabredungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für teile. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Was wird aus der WZ?

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter

Man braucht wohl nicht mehr darüber im Zweifel zu sein, daß das letzte Stündlein der deutschen Reparationszahlungen hat. Selbst der Schlusszahlung, die Frankreich in Kaufmann noch einmal durchgedrückt und deren Bedeutung wohl hauptsächlich auf dem Gebiete der französischen Innenpolitik liegt, hat man nicht mehr den anrüchlich gewordenen Namen "Reparations" zu geben gewagt. Aber auch wenn das Lausanner Abkommen nicht ratifiziert werden sollte, glaubt niemand ernstlich an deutsche Reparationszahlungen. Der Streit um die künftige deutsche Zahlungsfähigkeit hat mehr aufwendet als praktische finanzielle Bedeutung. Und schließlich steht selbst für diejenigen, die noch immer den Glauben an künftige deutsche Zahlungen nicht aufgeben möchten, das eine fest, daß Deutschland in den nächsten drei Jahren keinerlei Zahlungen leisten kann und soll.

Mit den deutschen Reparationszahlungen werden auch diejenigen Einrückungen entwertet, die zur Durchführung, Verwaltung und Verteilung der deutschen Reparationszahlungen auf Grund des Youngplans ins Leben gerufen worden sind. Dazu gehört vor allem die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, die errichtet worden ist, um die deutschen Reparationszahlungen entgegenzunehmen, in Auslandsvaluta zu transferieren, zu verwalten und in die Reparationszahlungen weiterzuleiten. Was hat die WZ in Zukunft eigentlich noch zu tun? Schon seit mehr als einem Jahr ist keine deutsche Zahlung mehr an sie überwiesen worden. Darüber, daß sie auch in den nächsten drei Jahren keine deutschen Zahlungen und in aller Zukunft keine deutschen Reparationszahlungen mehr empfangen wird, herrscht kein Streit. Eine Aufgabe für die WZ gibt es also künftig nur dann, wenn man ihr eine neue zu übertragen vermag.

Falls Deutschland überhaupt instande und willens sein wird, die sogenannten "Aufbauzahlungen" in Höhe von drei Milliarden Mark zu zahlen, kann das nur in Gestalt von Bonds geschehen, deren Unterbringung auf den internationalen Kapitalmärkten als eine neue Aufgabe für die WZ angesehen werden könnte. Aber niemand weiß, ob diese Bonds innerhalb der in Aussicht genommenen Fristen von drei bis zwölf Jahren platziert werden können. Ein großes internationales Bankinstitut lediglich im Hinblick auf diese Möglichkeit fortzuführen, wäre unwirtschaftlich und unfinnig. Ob sich etwa bei der Regelung der Kriegsschulden der europäischen Länder untereinander und an die Vereinigten Staaten Funktionen für die WZ ergeben werden, ist durchaus ungewiß, zumal doch von den Schuldnerländern eine Streichung aller dieser Kriegsschulden erstrebt wird.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ist nun freilich noch Treuhänderin für eine Reihe internationaler Anleihen, so z. B. für die Dawes- und die Young-Anleihe sowie für die Oesterreichische Völkerbundsanleihe. Aber auch hier ist kaum eine nennenswerte Tätigkeit mehr anzudeuten. Vor allem werden der WZ hieraus keine nennenswerten Mittel zufließen, mit denen ihre umfangreiche Organisation finanziert werden könnte. Die internationalen Notenbanken, die bisher unterhalten von der WZ unterhalten haben, um ihr eine Geschäftstätigkeit zu ermöglichen, werden ihr Geld zurückziehen, da sie an dem Fortbestand des Baseler Instituts nach Wegfall der Transferfunktionen kein Interesse mehr haben. Man hat freilich davon gedacht, der WZ auch besondere Aufgaben auf dem Gebiete der Förderung des internationalen Handelsverkehrs zu übertragen. Aber selbst wenn auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz solche praktische Aufgaben von Bedeutung gefunden werden, liegen diese auf ganz anderem Gebiete als die bisherigen der WZ. Braucht man zu ihrer Durchführung ein neues internationales Bankinstitut, so sollte man eher eine neue Außenhandelsbank oder aber eine neue Weltwährungsbank ins Leben rufen. Die heutige Bank für internationalen Zahlungsausgleich aber sollte man am besten liquidieren. Sie wird für Deutschland stets die Reparationsbank, also das Nachfolgeinstitut des mit Recht gestrichenen Reparationsagenten sein. In Deutschland und den übrigen durch die Diktatfrieden niedergeworfenen Ländern wird daher die WZ, solange sie besteht, immer mit Mißtrauen und Zurückhaltung betrachtet werden. Wenn die Reparationstribute in Wegfall kommen, so hat auch die Reparationsbank ihre Daseinsberechtigung verloren. Ihre Liquidation wird das überall erkennbare Zeichen dafür sein, daß die Ära der Kriegsschulden endlich vorüber ist.

Batakatastrophe in der Tschechei?

Obwohl die Batawerke betonen, daß alles in Ordnung ist, schaut der tschechische Staat mit gemischten Gefühlen der Zukunft dieser Werke entgegen. Schon vor dem Tode Bata's munkelte man von der Schließung seiner Betriebe. In diesem Falle müßte wohl der Staat den 60.000 Arbeitern und Angestellten die Beträge zurückzahlen, die Bata von ihnen seit Jahren zurückbehielt und mit den er in seinem Betriebe wirtschaftete!

Deutsche Kolonien als Lösegeld?

In den Vereinigten Staaten wird zurzeit vorgeschlagen, man solle die Kriegsschulden zwar freiden, aber dafür als Lösegeld die deutschen Kolonien an sich nehmen. Auf deutsch: Wir sollen die ganze Sache bezahlen.

Dublin, 20. Juli. Der irische Senat hat die Vorlage über die Kampfschiffe gegen England endgültig angenommen.

Belgrad, 20. Juli. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, hat die jugoslawische Regierung beschloffen, dem französisch-englischen Vertrauenspakt beizutreten.



Severings Amtsenthebung

Berlin, 20. Juli. Der vom Reichskommissar für Preußen, dem Reichskanzler von Baven, mit der Führung des preussischen Innenministeriums betraute Oberbürgermeister von Essen, Dr. Bracht, begab sich um 16 Uhr zu Minister Severing und teilte mit, daß er vom Reichskommissar beauftragt sei, die Geschäfte zu übernehmen. Severing gab daselbe zur Antwort wie am Vormittag Herrn von Baven, nämlich, daß er seine Absetzung als ungeschicklich betrachte und nur der Gewalt weichen würde. Dr. Bracht verließ darauf das Ministerium des Innern.

Dann berief Reichskommissar von Baven die preussischen Staatsminister mit Ausnahme von Braun und Severing zu einer Sitzung zusammen. Die Minister erklärten jedoch, dieser Einladung nicht Folge zu leisten.

Das Reichskabinet hielt nach 7 Uhr abends eine Sitzung ab, in der Reichskanzler von Baven kurz über den Verlauf des Tages Bericht erstattete.

Um 8 Uhr erschienen der kommissarische preussische Innenminister, Oberbürgermeister Dr. Bracht, in Begleitung des neuen kommissarischen Berliner Polizeipräsidenten Reicher und eines Polizeioffiziers bei Minister Severing. Bracht erklärte Severing, daß er nunmehr zum zweitenmal bei ihm erscheine, um ihn anzufragen, sein Amt zu übergeben. Severing verweigerte diese Amtübergabe. Darauf erklärte Dr. Bracht, er habe alle Vollmachten, auch die Vollmachten des kommissarischen Kommandeurs, und er habe den Auftrag, ihn mit allen Mitteln der Gewalt aus seinem Amte zu entfernen. Daraufhin erklärte Minister Severing, nunmehr weiche er; er weiche der Gewalt; er weiche, um für seine Person dazu beizutragen, daß in diesem Augenblick jedes Blutvergießen verhindert würde. Mit dieser Protesterklärung verließ Minister Severing seine Amtsräume.

Grzeſiński, Dr. Weiß, Oberst Heimannsberg abgesetzt

Berlin, 20. Juli. Gegen 5 Uhr nachmittags erschien im Berliner Polizeipräsidium eine Reichswehrruppe von zwölf Mann unter Führung eines Hauptmanns und in Begleitung des vom Reichskommissar zum Berliner Polizeipräsidenten ernannten Essener Polizeipräsidenten Dr. Weider. Die Soldaten befanden sich in feidmarschmäßiger Ausrüstung; sie hatten Stahlhelme auf und trugen Handgranaten an jeder Seite ihres Koppels. Der Offizier hatte ein Schreiben bei sich, das den Polizeipräsidenten Grzeſiński, den Vizepräsidenten Dr. Weiß und den Obersten Heimannsberg ihrer Ämter für entsetzt erklärte. Während Dr. Weider und der Offizier sich in das Dienstzimmer des Polizeipräsidenten Grzeſiński begaben, besetzten die Reichswehrleute die vor dem Dienstzimmer liegenden Räume. Der Hauptmann überreichte dem Polizeipräsidenten sein Beglaubigungsschreiben und sprach dann die Verhaftung des Polizeipräsidenten Grzeſiński aus.

Grzeſiński wurde von Reichswehrcolonnen abgeführt. Auch Vizepräsident Dr. Weiß, der sich mit Grzeſiński solidarisch erklärte, wurde für verhaftet erklärt; schließlich wurde der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, gleichfalls verhaftet.

Den drei Polizeifunktionäre wurde die Möglichkeit gegeben, eine gemeinsame Erklärung über ihre solidarische Haltung abzugeben, und dann wurden sie in Automobilen nach der Offiziersarrestanstalt in Moabit gebracht. Die Verhaftung wird mit einem Vorstoß gegen die vom Reichspräsidenten erlassene Rotverordnung begründet.

Um 1915 Uhr wurden Polizeipräsident Grzeſiński, Polizeivizepräsident Dr. Weiß und Polizeikommandeur Heimannsberg aus der Schutzhaft entlassen. Die Anordnung der Entlassung ist auf Grund einer Besprechung erfolgt, die Dr. Bracht mit Ministerialdirektor Maufener von der Polizeidirektion hatte. Grzeſiński, Weiß und Heimannsberg waren gerade im Begriff, mit ihrem Rechtsvertreter, Professor Dr. Alsbeyn, wegen der unzureichenden Inhaftierung Rücksprache zu nehmen, als ein Abgesandter Dr. Brachts eintraf, der den drei Verhafteten die Freilassung in Aussicht stellte, falls sie sich verpflichteten, vorläufig ihr Amt nicht auszuüben. Unter dem Zwang der Reichswehr erklärten sich die Verhafteten hierzu bereit, erklärten aber, sie täten dies nur mit Rücksicht auf die angebrohene Gewalt und bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes.

Vor Grzeſiński, Weiß und Heimannsberg aus der Schutzhaft entlassen wurden, erschien bei ihnen ein Offizier der Reichswehr. Dieser legte jedem ein Schriftstück zur Unterszeichnung vor, das folgenden Wortlaut hat: „Nach meiner gewissenhaften Entfaltung des Amtes erkläre ich mich bereit, mich jeder weiteren Dienstmaßnahme zu enthalten“. Die drei Herren haben dieses Schriftstück unterzeichnet und sind darauf entlassen worden.

Bayern geht vor den Staatsgerichtshof

Telegramme Dr. Heids an Reichspräsident und Reichskanzler

München, 20. Juli. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Heid hat an Emdenburg, an den Reichskanzler und an den Staatsgerichtshof in Leipzig folgende Telegramme gerichtet:

An den Reichspräsidenten:
Durch die Rotverordnung vom heutigen in schwerer Sorge um die verfassungsmäßigen Rechte und die Existenzgrundlage der deutschen Länder, teile ich Ew. Exzellenz ergebenst mit, daß ich für die bayerische Regierung beim Herrn Reichskanzler heute Rechtsverwahrung eingelegt und die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Rechtsfrage beantragt habe. In treudurcher Ergebnissen und Verehrung Ministerpräsident Dr. Heid.

An den Reichskanzler:
Die Einlegung eines Rechtsmittels an Stelle von Landesregierungen und die Amtsenthebung von Landesministern ist nach Auffassung des bayerischen Gesamtministeriums mit der Reichsverfassung nicht vereinbar. Die Rotverordnung vom 29. Juli 1932 berührt verfassungsmäßige Rechte aller Länder und ihre verfassungsmäßige Existenz. Namens der bayerischen Staatsregierung lege ich förmliche Rechtsverwahrung ein. Antrag beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich auf Entscheidung der Rechtsfrage ist von uns gestellt. Ministerpräsident Dr. Heid.

An den Staatsgerichtshof:
Namens bayerischer Staatsregierung beantrage ich für das Land Bayern, zu erkennen: Einlegung eines Rechtsmittels an Stelle von Landesregierungen sowie Amtsenthebung von Landesministern, wie in der Reichsverordnung vom 29. Juli vorgehoben, ist mit der Reichsverfassung nicht vereinbar. Die Verordnung berührt verfassungsmäßige Rechte aller Länder und ihre verfassungsmäßige Existenz. Zur Begründung des Antrags nehme ich Bezug auf die Erklärung Bayerns vom 9. Mai 1931 im Verfahren vor dem Staatsgerichtshof wegen des Steuervereinsbittlichungsvertrages. Weitere Begründung bleibt vorbehalten. Erbittert Terminbekanntgabe. Ministerpräsident Dr. Heid.

Die Gewerkschaften an die Arbeitnehmerschaft

Berlin, 20. Juli. (Eig. Meld.) Von den unterzeichneten Gewerkschaftsverbänden wird folgendes Aufruf verbreitet:

Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihrer Besonnenheit bewahren. Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen, aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Straße, noch irgend eine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinen höchsten Rechten Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Wir lassen uns die Stände des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.

Berlin, den 20. Juli 1932.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner Freier Angestelltenbund, Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter, Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Deutscher Beamtenbund.

Im Berlin herrscht Ruhe

Berlin, 20. Juli. (Eig. Meld.) Infolge der sich überlagernden politischen Ereignisse, die meist durch Extrablätter in den Haltungen der einzelnen Zeitungen angehängt wurden und auf diese Weise schnell dem Publikum bekannt geworden sind, erwartete man, daß sich in den Nachmittagsstunden größere Ansammlungen ereignen würden. Die Straßen Berlins gaben aber das gewohnte Bild. Lediglich unter den Linden sind vor dem preussischen Innenministerium kleinere Ansammlungen bemerkbar, die von der Polizei dauernd in Fluß gehalten werden. Um vor allen Dingen das Regierungsviertel vor größeren Ansammlungen zu schützen, wurde die Panzermaße herbeigeführt. Durch Ueberfallswagen wurden in aller Eile Doppelbohlen an alle Straßenecken und der Panzermaße verteilt. Die Haltungen der Zeitungen sind stark belagert, werden aber ohne

Verletzungen gelassen, sodaß sich nirgends Reibereien ergeben. Die Wachen vor dem Polizeipräsidium ist ebenfalls völlig ruhig. Auch der Osten Berlins bietet das gewohnte belebte aber völlig normale Bild.

Der preussische Landtagspräsident Kerl zu den Vorgängen in Preußen

Stuttgart, 20. Juli. Die Nationalsozialisten veranstalteten heute abend in der Stadthalle eine große Wahlkundgebung in der General v. Cpp und der preussische Landtagspräsident Kerl als Redner auftraten.

Zuerst sprach Generalleutnant a. D. Ritter v. Cpp, der ausführte: Der heutige historische Tag ist ein wirklicher Sieg über das rote System. Die roten und schwarzen Gegner sind jetzt endgültig aus dem Sattel geworfen. Bis hier her Schwarz und rot sind Deutschlands Tod. Mit diesen Farben meine ich aber keineswegs die guten württembergischen Farben. Diese haben vielmehr Anlaß, sich die schmutzige Konturierung der Schwarzem und Roten zu verbitten. Dr. Brüning, der sich als konservativ bezeichnet, sollte sich eigentlich freuen, wenn jetzt die Entscheidungsschlacht gegen den November 1918 geschlagen wird. Die Parteien der Friedensrevolution 1917 und von Weimar haben das uns auferlegte Joch verschuldet. Die Sinesänderung des Reichspräsidenten, den wir nicht gewöhnt haben, begrüßen wir als Gesicht des Schicksals. Die Aufgabe der Regierung Baven ist nur, gleiche Kampfbedingungen zu schaffen. Wir wollen jetzt eine Entscheidungswahl und kein Kompromiß mit dem Zentrum, das immer zur unansehnlichen Hälfte der Nation gehörte. Wir wollen, daß über Deutschland eine nationale Platte weht und nicht die rote Fahne Rossas oder die gelbe des jüdischen Kapitals oder die Kirchenlatine Roms.

Als zweiter Redner sprach der preussische Landtagspräsident Kerl in Berlin. Sehr rasch, so führte er aus, hat die Reichsregierung auf meinen getriggen Brief hin zugegriffen und zwar auf eine Art und Weise, die ich besonders begrüße. Den Reichskommissar habe ich nicht gefordert, aber ich begrüße seine Einlegung. Die Zustände in Preußen waren in den letzten Tagen nicht ein schmerzlicher, sondern ein offener Bürgerkrieg. Jetzt aber wird der 31. Juli in Ruhe und Frieden vorübergehen. Der heutige Tag ist ein Markstein in der Geschichte des deutschen Volkes. Jetzt ist Schluss mit Severing und Braun und niemals mehr werden sie wieder oben her kommen, aber ebenso ist auch Schluss mit Brüning und dem Zentrum. Wie die Republik in Italien nach das Zentrum in Deutschland für immer verdrängt werden, damit der konstitutionelle Frieden gesichert bleibt. Jeder kann in Deutschland nach seinem Glauben leben, aber die Seelsorge müsse aus der Politik verschwinden und dürfe nur ihrem eigenen Verfall zur Verfügung stehen. Beide Redner fanden stürmischen Beifall.

Die Meinung der Parteien

Berlin, 20. Juli. (Eig. Meldung.) Die Einlegung eines Rechtsmittels für Preußen ist den meisten politischen Parteien heute früh überraschend gekommen, obwohl man andererseits mit einem solchen Schritt der Reichsregierung bereits rechnete. Ueber die Stimmung in den verschiedenen Lagern erzählt das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsvorleger folgendes:

Während die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten ihrer Beugnung darüber Ausdruck geben, daß Reichspräsident und Reichsregierung ihrem Verlangen endlich nachgegeben sind, werden bei den Parteien der Mitte und der Linken lebhafteste Bedenken gegen die verfassungsmäßige Zulässigkeit der neuen Rotverordnung geltend gemacht. In den Zentrumskreisen unterstreicht man den Widerspruch der bisherigen preussischen Regierung, den Staatsgerichtshof anzurufen; eine offizielle Stellungnahme der Partei liegt noch nicht vor, es ist jedoch damit zu rechnen, daß der engere Parteivorstand binnen kurzem zusammentritt. Sehr erregt ist die Stimmung bei der bayerischen Volkspartei, die um bedeutenderen Nachdruck auf den föderativen Charakter der Reichsverfassung hinweist; eine offizielle Stellungnahme dieser Partei ist bereits für heute abend zu erwarten.

In den Reihen der Staatspartei gibt man feiner Betriedigung über die Haltung des Reichskabinetts Ausdruck. Auch beim Volksdienst äußert man schon jetzt lebhafteste Bedenken über die Verfassungsmäßigkeit der jüngsten Rotverordnungen.

Die Sozialdemokraten haben ihren Parteiausflug für Donnerstag mittags 12 Uhr eintreiben. Die Sozialdemokratische Partei wird, so erklärt man von dieser Seite, alles tun, um die Arbeiterbevölkerung von Unbesonnenheiten zurück zuhalten, die den Anlaß für eine Aufhebung des Termins der Reichstagswahlen geben könnten, deren Ausgang angefüßt der jetzigen Entwicklung sie für sich als recht günstig beurteilen.

Standarten im Nebel

Roman von Herbert V. Frederodort.

Copyright by: Carl Dunker Verlag, Berlin W. 62.
6. Fortsetzung.

Sie ist ja mitten drin, sie lebt jetzt in dem zerrissenen Land, dem noch kein Retter gekommen ist — wo ist die Jungfrau? Wo ist der lähne Bastard, der an sie geklagt und sein Vaterland rettet, selbst wenn der König noch zögert und unentschieden ist?

Sie steht immer noch mit weit offenen Augen auf die Szene, sie sieht alles — aber Dunois hat nun die Jüge Jords, die sie von dem kleinen Bild, das ihre Mutter belächelt, kennt, die Jüge des Generals, dessen Holses, sinneres Profil ihr von diesem und jenem Stich her vertraut ist.

Nach zwei Wochen zuvor war ihr Preußen nur ein Begriff, eine harte Sehnsucht, ererbte von der Mutter, eine ferne Menscheninsel, im weiten Europa — seit zwei Wochen beginnt sie, das Land zu lieben, sich umzusehen, mit blutendem Herzen zu erkennen, wie äußerer Streit und innerer Hader es der Gewalt leicht machen, über das Recht zu liegen.

Aber kann man etwas Fremdes lieben? Sie sieht — ja, sieht alles um sich, so wie sie jetzt, in diesem Augenblick, das Schauspiel auf der erleuchteten Bühne vor sich sehen kann — kennt sie deshalb Preußen?

Minutenlang verhaftet die Szene — da ist die Mutter wieder, der Vater, ein ehrbarer, reicher holländischer Kaufmann — sie stehen auf der Veranda ihres Hauses in Kapstadt. Sie wissen nicht, daß Eva, statt zu schlafen, jedem ihrer Worte lauscht — die Mutter hat eben, leise, wie meist, etwas gesagt, der Vater antwortet:

„Was für Begriffe, meine Liebe! Als deine Familie noch in Cleve lag, dachte sie nicht gerade freundlich von Preußen — und du — du kannst das niemals vergessen?“
„Ja, Raben, du hast recht — so wie du unrecht hast — Eva liegt drinnen und schläft schon, ich habe dich nie selogen — ich liebe Preußen, weil ich — weil ich ihn nicht vergessen kann.“

Eva erinnert sich, daß nun eine lange Pause kam, ehe der Vater unterdrückt entzannete:

„Jord —
„Jamohi — Hans Jord. Ich bin krank, Raben — es wird nicht mehr sehr lange dauern — mein armer Mann — Eva ist ein wildes Kind —
„Deine Tochter, sie hat nur Blut von dir, unsere Eva — und wenn wir nicht mehr da sind —
„hat sie keinen Menschen, keinen Menschen, Raben.“

Auf der Bühne, die Eva, versunken in Erinnerung, nun wieder durch einen Schleier, wie das Bild eines Guckkastens, erkennt, hat sich Karm erhoben, Schlaftentarm — Geidse — In ihr reden die Stimmen der toten Eltern weiter, sie hört in sich hinein, es ist wie damals, als sie in ihrem Mädchenzimmer lag und in bebender Erschütterung vernahm, wie ihre Mutter vom Kommanden sprach, vom eigenen Tod und von Evas Zukunft.

Der Vater leucht:
„Sie könnte in Amsterdam —
„Nein, Raben — das kann sie nicht, und das wird sie nicht. Sie ist kein holländisches Mädchen aus dem tiefen Lande, Eva würde da verkommen und vergehen — denke nach, Raben, wenn du sie anvertrauen kannst — denke nach.“

Händeklatschen, Beifallsrufe, vorn verneigen sich Menschen in glühenden Panzern — Eva sieht hin — kurze Pause; der Konjul verwickelt sie in ein belangloses Gespräch, Eva antwortet wie im Traum — wartet sehnsüchtig auf den Fortgang des Spiels, auf den Fortgang der Geschichte in ihr.

Wie war es, als Friedrich auftauchte, als er, der gerade aus dem Indischen Meer kam, so behusamt, wie ein Soldat es vermag, um sie zu werben begann?

Sie steht ihn wieder vor sich, wie er in Kapstadt an ihrer Seite geht, versteht und verständnislos, wenn sie ihm nach keiner alten Heimat fragte.

„Preußen? Ein kleines, enges Land — ich bin froh, draußen zu sein — mein Vaterland ist die Welt!“
Wer darf das von sich behaupten, heute 'ehaupten? Das Stück nimmt keinen Fortgang, Eva zittert mit Johanna, erhebt vor Stolz, als sie den König zur Krönung führt, und leidet mit der Gefangenen —

Friedrich kann das Ende des Schauspiels kaum erwarten. Einen ganzen Akt lang starrt er nur auf die Stelle, an der, wie er weiß, Eva sitzt — in der Pause hält er mit Gewalt zurück, um nicht hinunterzquellen und vor sie hinzutreten.

Nun, als das Stück zu Ende ist, der Applaus wieder donnert und Lote und Lebendige sich von der Rampe her verneigen — drängt er sich rasch durch die noch Wellenden, stürzt die Treppe hinab — steht, wartet, muß mit einer Hand auf der Brust sein klopfendes Herz beruhigen — da kommt Eva, Eva, die er zuerst vor fast drei Monaten in Südafrika, in einer anderen Welt sah!

Eva ist nicht allein, sie geht neben der Frau des Konjuls, hat noch ganz blasse Augen, ihre Lippen bebend — und plötzlich hat sie eine Vision: Wer steht dort, wer ist der Mann, dessen Blick sie nicht losläßt — vor ihren Augen tauchen die eben gelebten Bilder des Stückes auf — erschließen — aber: der dort steht, die Hand auf dem Herzen, mit einem Gesicht, das von innerer Glückseligkeit fast gelorenat wird, steht — Friedrich! Friedrich Hardekow ist in Berlin!

Er ist ihr nachgereist, dieser Junge, der ihrtewegen in Kapstadt drei Duellen ausfocht, sich einmal den linken Arm verließen ließ, sie entführten wollte — nur Tollheiten im Kopf, Uebermut, die er für Liebe ausgab —

Und nun kehrt er da und kann sich nicht regen und sieht sie mit brennenden Augen an.
Eva atmet tief auf — sie weiß nicht, daß erst bei diesem Atem die Farbe, die aus ihren Wangen beim Erscheinen Friedrichs wich zurückkehrt, sie dunkler färbt — sie droht zu wanken, als ihr die Wirklichkeit der Erscheinung bewußt wird.

Friedrich eilt auf sie zu, der Mann hat sich gelöst, er achtet nicht auf die Umgebung, er stößt Eva — und vermag nur zu flüstern:
„Eva — ja — ich konnte nicht warten, so weit von Ihnen — Sehen Sie mich doch an, Eva — Sprechen Sie ein Wort.“

Sie richtete sich auf, lächelte leise:
„Ich danke Ihnen, Friedrich Hardekow.“
Sie erinnerte sich des Konjuls und seiner Frau, die ein wenig bestremdet der Szene beimohnten:

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land

gegnung, 21. Juli. Einen grauenhaften Fund machte gestern um die Mittagsstunde im Wald nahe bei Reutlingen...

gegnung, 21. Juli. Gestern Montag folgten viele Hausfrauen mit ihren Töchtern der Einladung des städt. Elektrizitätswerks in die Turnhalle...

(Wetterbericht) Unter dem Einfluss des westlichen Hochs ist für Freitag und Samstag mehrfach heiteres und vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Herzmal, 21. Juli. (Neue Liedkompositionen.) Die im "Kunstler" zahlreich erschienenen Gedichte unseres einheimischen Dichters Richard Boozmann haben vielerorts warmen Anklang...

Notkreuzhilfe in Württemberg

Im Jahre 1931 wurde in rund 150.000 Fällen die Hilfe des roten Kreuzes in Anspruch genommen. An dieser Hilfe waren beteiligt: Das Mutterhaus der Charitaten in Württemberg mit 129 aktiven Schwestern...

wie notwendig das rote Kreuz in seinen Friedensaufgaben geworden ist. Und diese Aufgaben wachsen von Tag zu Tag immer mehr...

Nichtanrechnung kapitalisierter Rente auf die Arbeitslosenunterstützung

Der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt hat, wie uns der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserbinterblichen mitteilt...

Württemberg

Liebenzell, 20. Juli. (Stiftung.) In der letzten Gemeinderatsversammlung konnte der Vorhaben die Mittelung machen, das Städt. Bad...

Leonberg, 19. Juli. (Verkauf eines Gutes.) Wie die "Leonberger Zeitung" hört, schweben zurzeit Verhandlungen um den Verkauf des Freiherren von Wilder-Bingen geborenen Gutes "Seebau"...

Ravensburg, 20. Juli. (Unglaublich aber wahr.) In letzter Zeit mehren sich in auffallender Weise die Taschendiebstähle, ohne daß es zunächst gelungen wäre, der Täter habhaft zu werden...

Stuttgart, 20. Juli. (Zeichen der Zeit.) Auf ein Inserat: "Dienstmädchen in kleine Beamtenfamilie gesucht" meldeten sich nicht weniger als 103 Bewerberinnen im Alter von 15-30 Jahren...

Stuttgart, 20. Juli. (Württemberg und die Vorgänge in Preußen.) Ueber die Stellungnahme der württembergischen Regierung zu den Vorgängen in Preußen war bis jetzt nichts zu erfahren...

Esslingen, 20. Juli. (Selbstmord des Kulturmörders.) Der Wanderverbinder Josef Baumgärtner von Sulzbach in Bayern, der am Pfingstsonntag im Walde bei Esslingen an einem siebenjährigen Mädchen einen Kulturmordversuch verübt hat...

Lettman, 20. Juli. (Feuer in Obermedenbach.) In der Nacht zum Dienstag gegen 1 Uhr brannte in Obermedenbach ein Stall und Stadel mit Wagenschopf des Landwirts Rudolf Bachhofer total nieder...

Vonlanden, 20. Juli. (Zwei Mädchen ertrunken.) Vom Unglück schwer heimgesucht wurde die Familie Ungler hier. Die 9jährige Genoveva Ungler und ihr 7jähriges Schwesterlein Josefine sind beim Baden ertrunken...

Von der bayer. Grenze, 20. Juli. (Tote kommen ans Tageslicht.) Bei dem verheerenden Unwetter, das dieser Tage über Nord- und Mittelschwaben hereinbrach, haute sich in Holzheim das Wasser am Kirchhof...

125 Jahrefeier des württ. Landjägerkorps

Friedrichshafen, 18. Juli. Das württ. Landjägerkorps feierte am Sonntag im Saalbau seine 125jährige Gründungsfeier in Verbindung mit dem 6. internationalen Bodenseefestfesten. Die Zahl der Teilnehmer betrug etwa 1100...

tuch sauber. Deshalb bringe er ihm den Dank der Regierung zum Ausdruck und deren Glückwünsche. Erster Staatsanwalt Eisenbacher-Stuttgart betonte, daß die Justiz mit besonderer Freude an der Feier teilnehme...

Die vorkläufige Kleiniedlung in Württemberg

Von der Landeskreditanstalt wird mitgeteilt: Der Reichskommissar für die vorkläufige Kleiniedlung hat in den letzten Tagen die vom Reich für einen zweiten Bauabschnitt zur Verfügung gestellten Mittel - insgesamt 25 Millionen RM. - an die Länder verteilt...

Letzte Nachrichten

München, 20. Juli. Im Steinbruch Oberaudorf errignete sich gestern nachmittags ein schweres Sprengungsglück, das ein Todesopfer und zwei Verletzte forderte...



Nach den blutigen Unruhen in Altona Die Marienstrasse Ecke Große Johannistrasse in Altona, in der der Kampf der Polizei gegen die radikalen besonders heftig tobte...

Verletzungen am Kopf und am Brustkorb davon, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Ein weiterer Arbeiter wurde leicht verletzt.

Erfurt, 19. Juli. Die Erfurter Kriminalpolizei ist einem grauenhaften Verbrechen auf die Spur gekommen. Es gelang ihr, den Arbeiter Bachmann und seine Geliebte festzunehmen, die nach eigenem Geständnis in den Jahren 1928 und 1931 drei ihrer unehelichen Kinder kurz nach der Geburt getötet und die Leichen außerhalb der Stadt vergraben hatten. Die sofort eingeleiteten Nachforschungen haben bereits zur Auffindung der Leberreste eines der getöteten und in der Nähe eines beliebigen Ausflugszieles in der Erfurter Umgebung eingegrabenen Kindes geführt.

Königsberg, 20. Juli. Bei Bad Franz gerieten vier Schülerinnen einer Königsberger Haushaltungsschule beim Baden an der Samlandküste in den Sog der Brandung und wurden in die See hinausgetrieben. Zwei Schülerinnen konnten gerettet werden.

Königsberg, 20. Juli. Ein Postomnibus fuhr heute abend an einem ungeführten Bahnübergang zwischen Preußisch-Holland und Galdenboden gegen die Lokomotive eines Personenzuges. Dabei wurde eine Person getötet und zwei schwer verletzt.

London, 20. Juli. Der deutsche Geschäftsträger in London, Graf Bernstorff, hat gestern nochmals dem englischen Außenamt eine Reihe von Fragen vorgelegt, von deren Beantwortung die deutsche Regierung ihren Beitritt zu dem englisch-französischen Konsultationspakt abhängig macht. Die einfachsten klaren Anfragen, die von deutscher Seite bereits unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Paktes vorgebracht worden sind, haben bisher nur zu ausweichenden Antworten geführt.

Radikale Kabinettsumbildung in Italien

Rom, 20. Juli. Mussolini hat gänzlich unerwartet eine allgemeine Kabinettsumbildung vorgenommen. Aus dem Kabinett sind folgende Minister ausgeschieden: Außenminister Grandi, Finanzminister Mosconi, Justizminister Rocco, Korporationsminister Bottai und Unterrichtsminister Balduino. Starke Eindrücke machte in politischen Kreisen besonders der Austritt von Grandi, Rocco und Bottai, die seit dem Marsch auf Rom zu den vertrautesten Mitarbeitern Mussolinis gehörten. Mussolini übertrug nun von jetzt ab das Ministerium des Innern und das der Korporationen selbst, zu dem von ihm bereits schon verwalteten Ministerpräsidium und Innenministerium. Staatssekretär des Innern wird der bisherige Leiter des Kommissariats für Fremdenverkehr, Zuich, und Unterrichtssekretär im Ministerium der früheren Gewerkschafts-

führer Ruffoni. Zum Justizminister wurde der Abgeordnete Professor Francini ernannt und zum Finanzminister der Abgeordnete Guido Jung. Unterrichtsminister wird der bisherige Rektor der Universität Palermo, Greola. Grandi geht als Botschafter nach London; Bottai wird Botschafter in Moskau.

Schweizer Auffassung über die Vorgänge in Italien

Basel, 20. Juli. (Eig. Meld.) In Kreisen führender Journalisten, die mit Italien rege Beziehungen unterhalten, verläutert aufgrund von Meldungen, welche aus Mailand eingetroffen sind, daß die Umbildung des italienischen Kabinetts zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß ein Teil des Ministeriums und speziell Mussolini mit dem Ausgang der Lausanner Konferenz nicht besonders zufrieden waren. Italien habe in Lausanne einer Streichung der Reparationen zugestimmt, sei entschieden dafür eingetreten, ohne jedoch eine Streichung der eigenen Schulden erhalten zu können. Weiter hätten die Verhandlungen in Lausanne eine gewisse Neuorientierung der italienischen Politik notwendig erscheinen lassen. Verschiedene Minister, so Mosconi, sollen sich zusammen mit Grandi einer solchen Neuorientierung widersetzt haben, was dann dazu führte, daß ihnen die Demission nahegelegt wurde. Dies ist übrigens schon vor einigen Tagen geschehen.

Haben Sie sich schon den Kopf zerbrochen?
RM. 5000 - Preise winken!

Lassen Sie sich im Fachgeschäft kostenlos den interessanten Schwarzkopf-Prospekt „Kopf zerbrochen!“ geben und senden Sie Ihre Lösung schleunigst ein! Sie lernen dabei auch die Wirkung von „Haarglanz“ kennen, die Vervollkommnung moderner Haarpflege! „Haarglanz“ fettet nicht und macht doch das Haar glänzend durch Neutralisation.



Die Frisur gelingt besser und die Welle hält noch einmal so gut. „Haarglanz“ ist ärztlich empfohlen und kann durch Zitronensaft- und Essigspülungen nicht ersetzt werden! „Haarglanz“ liegt jedem Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung 20 Pfennig, grüne Extra-Packung und Spezialsorte Extra-Blond mit Schaumbrille 27 Pfennig.

SCHWARZKOPF-HAARPFLEGE
vollkommen durch „Haarglanz“

Rotkreuztag.

Im hiesigen Bezirk findet der Rotkreuztag am **Sonntag den 24. Juli 1932** statt.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben im Dienst der Nächstenliebe und zur Steigerung der großen Not bedarf das Rote Kreuz dringend der Unterstützung aller derer, die noch in der Lage sind, etwas zu opfern.

Sich bitte daher, die Sammler und Sammlerinnen nicht leer ziehen zu lassen. Jede Gabe ist willkommen.

Es wird darauf hingewiesen, daß anlässlich des Rotkreuztages von der Kapelle des Musikvereins am Sonntag den 24. Juli zwischen 11 und 12 Uhr ein

Bromenade-Konzert

auf dem Kirchplatz veranstaltet wird. Bei schlechter Witterung findet das Konzert in der Turnhalle statt.

Der Bezirksvertreter vom Roten Kreuz:
Landrat Lempp.

Birkenfeld.

Sonntag, 24. Juli 1932 findet wie alljährlich der

Rote Kreuz-Tag

statt. Damen, welche geneigt sind, beim Verkauf von Blumen mitzuwirken, werden höflich gebeten, sich bei Friseur Baifsch anzumelden. Für zahlreiche Beteiligung im Sinne der guten Sache, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Antreten der ganzen Kolonne in Uniform am Morgen vormittags 1/9 Uhr.

Die Leitung.

Gemeinde Loffenau (Württ.).

Bekanntmachung.

Das Sammeln von Waldbeeren im Gemeindevald Loffenau ist für Auswärtige verboten.

Bei Übertretung erfolgt Bestrafung nach Art. 22 des Württ. Forstpolizei-Gesetzes und Abnahme der gesammelten Beeren.

Loffenau, den 20. Juli 1932.

Gemeinderat: Vorf.: gez. Reim.

Wilddeutscher Verband

Ortsgruppe Oberenzthal.

Am Donnerstag den 21. Juli 1932, abends 8.30 Uhr, spricht im Saale der „Alten Linde“ in Wildbad

Pfarrer i. R. Th. Klett

in öffentlicher Versammlung über

Die Verderblichkeit des Zentrums

für das deutsche Volk u. Vaterland.

Zu diesem Vortrag wird freundlichst eingeladen. Eintritt frei!

Die neuen polizeilichen

Anmelde-Formulare

für Gasthäuser, Pensionen und Hotels

sind einzeln und in Blocks zu je 50 Stück erhältlich in der

„Enztäler“-Geschäftsstelle.

Forstamt Neuenbürg.

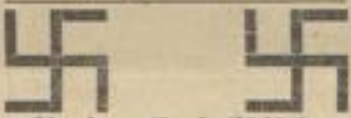
Reifig-Verkauf

am Montag den 25. Juli 1932, nachmittags 6 Uhr, am Dreimarkstein aus Staatswald Abt. 55 Jägeracker, 56 Haid und 79 Bünte: 13 Lose, geschätzt zu 1300 Werten.

Forstamt Neuenbürg.

Das linksseitige **Enztalsträßchen** ist von Freitag den 22. ds. Mts. ab wegen Waldarbeiten für jeden Fuhrwerksverkehr

gesperrt.



Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Ortsgruppe Neuenbürg.

Voranzeige!

Sonntag den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof „Bären“

öffentliche Versammlung.

Die Ortsgruppenleitung.

L. Pross

Neuenbürg

Reiche Auswahl in

Sommer-Kleiderstoffen

Sommer-Joppen

Sommer-Damen- und

Herren-Nachthemden

-Nachtjacken

poröse Wäsche, Frottier-

Bade- und Handtücher.

Neuenbürg.

Möbliertes

Zimmer

für sofort gesucht.

Angebote an die Enztäler-

Geschäftsstelle.

Niebelsbach.

1 Gleichstrom-Motor,

1,2 PS, zu verkaufen oder zu verkaufen.

Gottfried Müller.

Fahrräder

Fahrradzubehör

Reparaturen

Auto-König

Neuenbürg, Telef. 272.

Birkenfeld, den 20. Juli 1932.

Todes-Anzeige.

Heute nachmittag 1/5 Uhr ist unser lieber Vater

Gustav Rockenbauch,
Steuersekretär a. D.,

im 64. Lebensjahre sanft entschlafen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Samstag nachmittag um 3 Uhr statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der herzlichen Teilnahme anlässlich des Ablebens unseres lieben Verstorbenen dankt allen Freunden und Bekannten, insbesondere für die Begleitung auf seinem letzten Gange sowie dem „Liederkrantz“ für den erhebenden Gesang.

Namens der Familie:

Frau **Sophie Seeger.**

Neuenbürg, 20. Juli 1932.

Deutschnationale Volkspartei.

Landtagsabgeordneter Dr. Schott

spricht zum entscheidungsvollen 31. Juli 1932

in **Herrenalb**, Hotel „Deutscher Hof“

Samstag den 23. Juli, abends 8 Uhr,

in **Schömburg**, Gasthaus zur „Linde“

Sonntag den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr,

in **Höfen/Enz**, Gasthaus zum „Dachsen“

Sonntag den 24. Juli, abends 8 Uhr.

Wir bitten um zahlreichen Besuch.

Ortsgruppe Höfen/Enz.

Vortrag mit Lichtbildern

heute Donnerstag, abends 8.30 Uhr, im „Bären“-Saal in Neuenbürg.

H. Psychologe **Kienle** spricht über:

„Die Natur als Arzt u. Helfer!“

Kranken wird ein Weg gezeigt, auf ganz natürliche Weise gesund zu werden. (Ueberall Begeisterung und volle Häuser).

Hochinteressante Lichtbilder! Eintritt frei!

Nur Personen über 17 Jahren haben Zutritt!

Billig u. gut

Feinste Eier

Rudeln 1 Pfund

Makharoni nur

Spagetti 45 Pfg.

Freische Eier

10 Stück 62 Pfg.

Kartoffeln

10 Pfund 45 Pfg.

Somaten

1 Pfund 25 Pfg.

Bohnen

Erbfen

Gelbe Rüben

Gurken

Freitag - Samstag

die beliebte

Wochenschrift

m. Rundfunkprogramm

gratis!

Lebensmittelhaus-Indemann

Telefon 491

Neuenbürg, h. Stadtbahnhof.

Birkenfeld.

Schöne, sommerliche

3 Zimmer - Wohnung

auf 1. August zu vermieten.

Dietlinger Straße 43.

Holzkanfzettel

vorrätig in der

C. Reeh'schen Buchhdlg.